

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/transparenz-an-schulen-zahlen-der-anmeldungen-an-berlins-schulen-bleiben-geheim/11625314.html>

DER TAGESSPIEGEL

RERUM CAUSAS
COGNOSCERE

13.04.2015 06:42 Uhr

Transparenz an Schulen

Zahlen der Anmeldungen an Berlins Schulen bleiben geheim

von Susanne Vieth-Entus

Die Anmeldezahlen könnten Eltern bei der Schulwahl helfen. Die SPD-Fraktion fordert hier mehr Transparenz, doch die Bildungsverwaltung blockt ab – und auch die CDU hat Bedenken.



Welche Schule ist die Beste? Anmeldezahlen könnten Eltern bei der Wahl helfen. - FOTO: DPA

Eigentlich steht alles zum Besten: Die elfjährige Sonja hatte sich im Februar mit einem Superzeugnis an einem Charlottenburger Gymnasium beworben und seit sechs Wochen ist klar, dass sie den begehrten Platz bekommt. Nur – sie weiß es nicht. Denn die Bescheide werden erst am 22. Mai rausgeschickt, und vorher gibt es offiziell keine Ergebnisse.

Der Fall ist typisch für den Umgang der Schulbehörden mit dem Informationsbedürfnis von Eltern. Denn sie werden auch mit anderen Fragen rund um die Schulwahl allein gelassen. Besonders eklatant zeigt sich dies bei der Geheimniskrämerei rund um die Anmeldezahlen an Grund- und Oberschulen: Obwohl Eltern diese Informationen dringend brauchen, um die taktisch beste Wahl treffen zu können, werden sie ihnen vorenthalten oder nur stückweise herausgegeben.

Längst ist auch die SPD-Fraktion alarmiert: Seit Jahren versuchen Bildungspolitiker wie Joschka Langenbrinck mit Hilfe von parlamentarischen Anfragen ein vollständiges Bild über die Nachfragesituation zu bekommen – erfolglos; weshalb sie im November einen

entsprechenden Antrag auf Herausgabe der Daten abstimmen. Es geht allerdings nicht voran, weil die CDU-Fraktion Bedenken hegt.

Werden schlecht nachgefragte Schulen gemieden?

„Wir sehen das eher kritisch“, bestätigt Hildegard Bentele. Die bildungspolitische Sprecherin der CDU befürchtet, dass schlecht nachgefragte Berliner Schulen noch mehr gemieden werden, wenn sich das Wahlverhalten der Eltern herumspricht. Zudem warnt sie davor, dass sich kein aussagekräftiges Bild ergibt, wenn nur einzelne Jahresergebnisse veröffentlicht werden. Zu einem „kompletten Bild“ gehöre, dass man die Anmeldezahlen über mehrere Jahre dokumentiere, damit „Trends“ sichtbar würden, findet Bentele. Allerdings hat die CDU ihre eigenen Vorstellungen noch nicht zu Papier gebracht, sodass der SPD-Antrag unbeantwortet seit fünf Monaten in der Schwebe hängt.

„Angst vor den Zahlen hat nur, wer Angst vor der Wahrheit hat. Uns ist die Transparenz aber wichtig, deswegen werden wir nicht lockerlassen und mit der CDU noch einmal das Gespräch suchen,“, bekräftigte Langenbrinck am Sonntag sein Vorhaben.

Theoretisch könnte die Bildungsverwaltung die Zahlen von sich aus herausgeben; ohne irgendwelche Anträge seitens der Fraktionen. Allerdings tut sie dies nicht, weil sie – ähnlich wie die CDU - negative Folgen für schlecht nachgefragte Schulen fürchtet. Die Veröffentlichung könne einen „selbstverstärkenden Nachteil darstellen“, begründete Bildungs-Staatssekretär Mark Rackles (SPD) im März 2014 die Ablehnung einer entsprechenden Anfrage Langenbrincks. Als kurz darauf dessen Fraktionskollegin Burgunde Grosse eine ähnliche Anfrage stellte, bekam sie die gewünschten Antworten zwar – jedoch fehlten vier der zwölf Bezirke ohne Angabe von Gründen.

Analyse könnte Schulen zielgerichtet helfen

„Die Anmeldezahlen sagen nicht alles“, warnt auch Reinickendorfs Bildungsstadträtin Katrin Schultze-Berndt (CDU) vor einer unkommentierten Veröffentlichung der Zahlen. Manche Schulen hätten trotz guter Qualität wenig Anmeldungen – etwa wegen einer unattraktiven Stadtrandlage. Das könne bei den Eltern aber zu falschen Schlüssen führen.

Die SPD-Fraktion hat nichts dagegen, dass schlechte Anmeldezahlen analysiert werden. Im Gegenteil. Sie fordert diese Analyse ein, um den Schulen zielgerichtet helfen zu können: „Wegschauen hilft nicht. Es muss im Interesse aller sein, Restschulen nicht beim langsamen Sterben tatenlos zuzusehen“, heißt es in der Antragsbegründung. Wenige Anmeldungen auf freie Plätze könnten ein „Warnsignal sein, dass die Schule an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit gestoßen ist. Diese Schulen brauchen Hilfe auf ihrem Weg zu einer erfolgreichen Schulentwicklung, um wieder attraktiver zu werden“, fordern die SPD-Bildungspolitiker angesichts der Tatsache, dass rund jede sechste Schule nicht einmal die Hälfte ihrer Plätze aus Erstwunschanmeldungen füllen kann.

Inzwischen sieht auch die CDU Handlungsbedarf, da veraltete und fehlerhafte Anmeldelisten im Netz kursieren. „Wir werden das jetzt beraten“, stellte Bentele am Wochenende in Aussicht.